

CONV 219/02

WG I 10

ÜBERMITTLUNGSVERMERK

des	Sekretariats
für	die Gruppe I "Subsidiaritätsprinzip"

<u>Betr.:</u>	Kurzniederschrift über die Sitzung vom 22. Juli 2002 (nachmittags)
---------------	--

Im Mittelpunkt der Beratungen stand die Prüfung der Vorschläge, die von zwei Mitgliedern der Gruppe zu einem Mechanismus für die Kontrolle der Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips unterbreitet worden sind.

Ziel des einen Vorschlags ist es, die nationalen Parlamente beim Mitentscheidungsverfahren an den Arbeiten des Vermittlungsausschusses zu beteiligen, ohne ihnen jedoch ein Stimmrecht zu geben. Vielmehr sollen die nationalen Parlamente Gelegenheit erhalten, den Ausschussmitgliedern ihre Stellungnahmen zur Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips bei dem betreffenden Rechtsakt mitzuteilen, wobei die jeweiligen Konsequenzen eher auf nationaler Ebene zu ziehen wären. Dieser Vorschlag hätte den Vorteil, dass kein neues Gremium zu schaffen wäre und der Beschlussfassungsprozess nicht verlängert würde, was mehrere Mitglieder der Gruppe wünschen. Einige Mitglieder der Gruppe brachten aber Zweifel an der Wirksamkeit dieses Mechanismus zum Ausdruck, da der Vermittlungsausschuss nur in 25 % der dem Mitentscheidungsverfahren unterliegenden Fällen zusammentreten und das Dossier sich zu dem Zeitpunkt, zu dem es in den Vermittlungsausschuss gelange, bereits in einem zu weit fortgeschrittenen Stadium befinde, als dass die Ansichten der nationalen Parlamente noch gebührend berücksichtigt werden könnten.

Der Vorschlag eines anderen Gruppenmitglieds stellt darauf ab, ein aus Mitgliedern der nationalen Parlamente bestehendes politisches ex-ante-Kontrollorgan zu schaffen, das mehrmals im Jahr zusammentreten würde, um die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips bei Vorschlägen für Rechtsakte zu prüfen. Während einige Mitglieder der Gruppe diesen Vorschlag unterstützten, haben sich andere gegen die Schaffung eines neuen Gremiums ausgesprochen und einer Verstärkung der Kontrolle der Regierungen durch die nationalen Parlamente bzw. einem neuen Mechanismus, bei dem kein neues Gremium geschaffen würde, den Vorzug gegeben.

Andere hingegen hielten es für schwierig, den nationalen Parlamenten bei der Überwachung der Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips eine kollektive Rolle zu geben, ohne ein Organ zu schaffen. Einige wiesen auf die Existenz der COSAC (Konferenz der Europaausschüsse der nationalen Parlamente der Mitgliedstaaten der Europäischen Union und des Europäischen Parlaments) hin, die eine solche Überwachung ausüben könne, wenn sie über ein Sekretariat verfüge. Andere hingegen meinten, dass die COSAC nicht das geeignete Gremium für diese Kontrolle sei.

Nach der Aussprache stellte der Vorsitzende abschließend fest, dass eine Mehrheit der Mitglieder die Einrichtung eines Mechanismus für die Überwachung der Anwendung des Subsidiaritätsprinzips befürwortet und dass diesbezüglich verschiedene Vorschläge vorliegen, die auf Folgendes abstellen:

- Verbesserung der Kriterien für die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips;
- Betrauung eines Vizepräsidenten der Kommission mit den mit der Subsidiarität zusammenhängenden Fragen;
- Unterbreitung des Rechtsetzungsprogramms der Kommission auf Ebene der nationalen Parlamente usw.;
- Beteiligung der nationalen Parlamente am Vermittlungsverfahren;
- Schaffung eines Ad-hoc-Mechanismus der politischen Kontrolle unter Einbeziehung der nationalen Parlamente;
- gerichtliche Kontrolle durch den Gerichtshof usw.

Der Vorsitzende kündigte an, dass ein erstes Arbeitsdokument mit einem Entwurf einer Kompromisslösung vor den Sommerferien übermittelt wird, um eine für alle Mitglieder der Gruppe annehmbare Lösung zu finden. Dieses Dokument wird in der Sitzung am 9. September erörtert. Die Mitglieder, die dies wünschen, können dem Sekretariat der Gruppe Änderungsvorschläge übermitteln.